

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2019/06

IN DIESER AUSGABE:

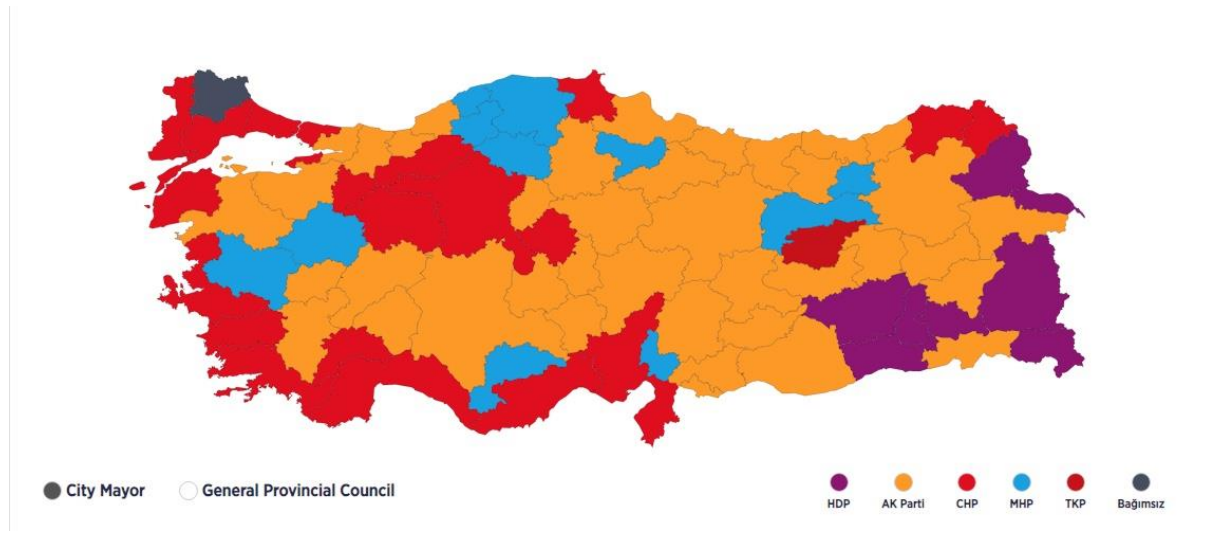
**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 46 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 34420 Istanbul Türkei Tel: +90 212 249 19 29 Email: tusiad@tusiad.org
ANKARA : 39/4 İnan Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel: +90 312 468 10 11 Email: ankoffice@tusiad.org
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel: +32 2 736 40 47 Email: bxloffice@tusiad.org
U S A : 2101 L Street N.W. Suite 800 Washington D.C. 20037 USA Tel: +1 202 776 7770 Email: usoffice@tusiad.org
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel: +49 30 288 786 300 Email: berlinoffice@tusiad.org
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel: +33 1 44 43 52 54 Email: parisoffice@tusiad.org
GROSSBRITANNIEN : 120 Pall Mall SW1Y 5EA London England Tel: +44 207 101 07 74 Email: londonoffice@tusiad.org
CHINA : Email: china.tusiad@tusiad.org

www.tusiad.org

Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 31. März 2019



PERCENTAGE OF BALLOTS COUNTED



Total Number of Boxes	194,678
Boxes Counted	194,678
Voter Turnout	84.67 %

Total Number of Voters	57,093,410
Votes Cast	48,340,186
Valid Votes	46,431,697



AK Parti

44.33 %



MHP

7.31 %



CHP

30.12 %



İyi Parti

7.45 %



HDP

4.24 %



Other

6.55 %

People's Alliance 51.64 %

Nation Alliance 37.57 %

İSTANBUL

Açılan Sandık: %100.00



EKREM İMAMOĞLU %48.80



BİNALİ YILDIRIM %48.54



NECDET GÖKÇINAR %1.21

ANKARA

Açılan Sandık: %100.00



MANSUR YAVAŞ %50.93



MEHMET ÖZHASEKİ %47.12



MESUT DOĞAN %1.05

İZMİR

Açılan Sandık: %100.00



MUSTAFA TUNÇ SOYER %58.10



NİHAT ZEYBEKÇİ %38.69



ŞERAFETTİN KILIÇ %1.13

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Knapper Ausgang in großen Städten Enges Rennen bei Kommunalwahl in der Türkei

Die Kommunalwahl in der Türkei gilt als Stimmungstest für Präsident Erdogan. Nach ersten Auszählungen müssen die Kandidaten seiner islamisch-konservativen AKP in mehreren großen Städten bangen. Bei der türkischen Kommunalwahl liefern sich die islamisch-konservative Regierungspartei AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan und Oppositionsparteien ein enges Rennen um wichtige Städte.

Am späten Sonntagabend reklamierten Vertreter beider Seiten bereits Wahlerfolge in Istanbul jeweils für sich. Der Bürgermeisterkandidat der AKP sagte, er habe dort gewonnen. Wenig später erklärte der Chef der Oppositionspartei CHP, Kemal Kilicdaroglu, seine Kandidaten hätten die Kommunalwahl in Ankara, Istanbul, Izmir und weiteren Städten für sich entschieden. Präsident Recep Tayyip Erdogan räumte nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters ein, der Grund, warum man "in einigen Städten verloren" habe, sei eine ungenügende Ansprache der Wähler gewesen. Das Bürgermeisteramt von Istanbul könnte demnach an einen anderen Bewerber gehen.

Der Verlust der Hauptstadt Ankara, die seit mehr als 20 Jahren von islamisch-konservativen Bürgermeistern regiert wird, wäre ein herber Schlag für den machtgewohnten, umstrittenen Präsidenten. Landesweit ist die AKP nach Teilergebnissen aber weiter deutlich die stärkste Partei. Enge Rennen gab es auch in anderen wichtigen Großstädten wie Antalya und dem südtürkischen Adana, wo die AKP beziehungsweise ihr Bündnispartner MHP bei der Kommunalwahl 2014 noch gewonnen hatten.

Erdogan erklärt AKP insgesamt zum Gewinner

Erdogan räumte am Abend ein, dass sich die AKP nicht überall durchsetzen konnte. "Wir haben einige Städte verloren. Das gehört zur Demokratie dazu." Dennoch erklärte er die Regierungspartei AKP zum Gewinner der Kommunalwahl. "Die Ergebnisse zeigen, dass wir aus diesen Wahlen wieder mit großem Vorsprung als erste Partei hervorgegangen sind", sagte er am späten Sonntagabend. Erdogan ist nicht nur Präsident und Regierungsoberhaupt, sondern auch Parteichef. [Internet-Link](#)

EU-Kommissar Hahn für Wiederaufnahme von Gesprächen über Zollunion mit der Türkei

Am 15. März beginnt der Assoziierungsrat zwischen der EU und der Türkei. EU-Kommissar Hahn ist für eine Wiederaufnahme der Gespräche über die Ausweitung der Zollunion. Es sei nicht im Interesse der EU, dass die Türkei wirtschaftliche Schwierigkeiten hätte. EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn hat sich dafür ausgesprochen, die auf Eis liegenden Gespräche mit der Türkei über eine Ausweitung der Zollunion wiederaufzunehmen. Es sei nicht im Interesse der EU, "dass das Land wirtschaftliche Schwierigkeiten hat und damit auch ein Unsicherheitsfaktor ist", sagte Hahn der Nachrichtenagentur AFP vor dem EU-Türkei-Assoziierungsrat in Brüssel. Er werbe derzeit bei den EU-Regierungen dafür, ein Verhandlungsmandat für die Modernisierung der Zollunion zu bekommen.

Erster Assoziierungsrat seit vier Jahren

Erstmals seit vier Jahren kommen hochrangige Vertreter der EU und der Türkei wieder zu einem Assoziierungsrat zusammen, um über die Zukunft der beiderseitigen Beziehungen zu beraten (09.00 Uhr). An dem Treffen in Brüssel nimmt von türkischer Seite Außenminister Mevlüt Cavusoglu teil. Die EU wird durch die Außenbeauftragte Federica Mogherini und Erweiterungskommissar Johannes Hahn vertreten. Der letzte Assoziierungsrat fand 2015 statt. Die Türkei ist seit 1963 mit der EU über ein Assoziierungsabkommen verbunden und seit 1999 auch EU-Beitrittskandidat. Die Beitrittsgespräche wurden aber wegen der Massenverhaftungen nach einem gescheiterten Militärputsch in der Türkei 2016 de facto ausgesetzt. Ein Thema des Treffens ist nun die 1995 geschlossene Zollunion der EU mit der Türkei. Sie sollte eigentlich ausgeweitet werden, aber auch hier liegen die Gespräche wegen der Lage in der Türkei auf Eis.

Zollunion zwischen der EU und der Türkei seit 1995

Die EU und die Türkei hatten Ende 1995 eine Zollunion geschlossen. Ausgenommen sind Kohle und Stahl und die meisten landwirtschaftlichen Produkte. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten Ankara im Gegenzug für die Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise 2016 Gespräche über die Modernisierung der Zollunion zugesagt. Die EU-Kommission bewertete darauf eine Ausweitung auf die Bereiche Dienstleistungen, öffentliche Beschaffung und Landwirtschaft positiv. Wegen des massiven Vorgehens gegen Kritiker von Präsident Recep Tayyip Erdogan wurden die Gespräche aber ebenso auf Eis gelegt wie die Verhandlungen über den EU-Beitritt. Die EU sei "ungebrochen kritisch", wenn es um Fragen der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gehe, sagte Hahn. Da die Türkei ein EU-Beitrittskandidat sei, müsse sie sich gefallen lassen, dass "wir sie da an den höchsten Maßstäben messen". Er werde bei dem EU-Türkei-Treffen deshalb auch den Entzug von Akkreditierungen für Auslandskorrespondenten ansprechen. Deshalb hatten zwei deutsche Journalisten das Land verlassen müssen. Einer von ihnen bekam inzwischen seine Pressekarte doch ausgestellt. Hahn sagte, das türkische Vorgehen passe "leider ins Bild, das wir seit Jahren sehen, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird".

Eine moderne Zollunion für eine stärkere Bindung an Europa

Er halte dennoch Gespräche über eine modernisierte Zollunion für sinnvoll, sagte Hahn. Durch sie könne "das Land stärker an Europa gebunden werden". Es würden zudem auch Türken unterstützt, "die eine starke Westorientierung haben in Bezug auf Werte, demokratisches Verständnis und Rechtsstaatlichkeit". Mit einem Verhandlungsmandat der Mitgliedstaaten zur Zollunion rechne er aber zumindest vor der Europawahl im Mai nicht mehr. Der Erweiterungskommissar sieht die Gespräche über einen EU-Beitritt dagegen in einer Sackgasse. "Der Idealzustand wäre natürlich, dass man sich gemeinsam mit der Türkei darauf verständigt, dieses Projekt nicht weiter zu verfolgen", sagte der konservative Politiker aus Österreich. "Es wäre wahrscheinlich der ehrlichste Ansatz." Ankara sei aber "offensichtlich noch nicht so weit". Das Europaparlament hatte gefordert, die Beitrittsgespräche auch formal auszusetzen. Sie liegen seit Ende 2016 de facto auf Eis. Die EU-Staaten hatten damals wegen der Massenverhaftungen von Regierungskritikern nach einem gescheiterten Militärputsch beschlossen, die Gespräche nicht mehr auszuweiten. 2017 kürzten sie auch im Zusammenhang mit dem Beitritt gewährte Finanzhilfen. Der Assoziierungsrat ist der erste seit vier Jahren. [Internet-Link](#)

Türkei lässt ZDF-Korrespondent wieder einreisen

Die türkischen Behörden haben ihre Entscheidung korrigiert und zugesagt, den Presseausweis des ZDF-Korrespondenten Jörg Brase doch noch zu verlängern. Die Bundesregierung und das Auswärtige Amt hatten sich für den Journalisten eingesetzt, nachdem Brase aus Istanbul abreisen musste. „Wir begrüßen es, dass die türkischen Behörden nun zu einer anderen Entscheidung gekommen sind“, so Bettina Schausten, stellvertretende ZDF-Chefredakteurin, zur neuesten Kehrtwende. Zunächst wurde die Akkreditierung des ZDF-Korrespondenten ohne Begründung nicht verlängert.

Der betroffene Journalist selber kündigte über Twitter an, in den kommenden Tagen nach Istanbul zurückzukehren. Dort leitet Jörg Brase das ZDF-Studio, das für die Berichterstattung aus der Türkei, dem Iran und Afghanistan zuständig ist. Thomas Seibert, Türkei-Korrespondent beim «Tagesspiegel», wartet hingegen weiter auf seine Pressekarte, wie viele andere Journalistinnen und Journalisten auch. Die deutsche Bundesregierung reagierte «mit Unverständnis und Bedauern», nachdem die Türkei mehreren Korrespondenten die Akkreditierung verweigert hatte. [Internet-Link](#)

Türkei nennt Berichte über drohende Festnahme deutscher Urlauber in der Türkei „haltlos“

Könnten deutsche Urlauber bei einer Einreise in die Türkei festgenommen werden? Laut Ankara sind entsprechende Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen. Ankara hat Berichte, wonach Deutsche bei der Einreise in die Türkei gefährdet seien, als „haltlos“ zurückgewiesen. Entsprechende Aussagen

des türkischen Innenministers Süleyman Soylu seien „eindeutig aus dem Zusammenhang gerissen und verzerrt“, teilte das türkische Außenministerium mit.

Touristen aus Deutschland und allen anderen Ländern seien in der Türkei nach wie vor willkommen. In der Erklärung wurde kein konkretes Medium genannt. Mehrere deutsche Zeitungen hatten zuvor berichtet, Urlauber aus Deutschland, die als Regierungsgegner in der Türkei gelten, könnten bei der Einreise festgenommen werden. Hintergrund ist eine Rede Soylus. Er hatte nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu in Ankara gesagt: „Da gibt es jene, die in Europa und in Deutschland an den Veranstaltungen der Terrororganisation teilnehmen und dann in Antalya, Bodrum und Mugla urlaube.“ Man habe auch für sie „Maßnahmen“ ergriffen. „Sollen sie doch herkommen und von den Flughäfen aus einreisen. Wir nehmen sie fest und auf!“ Weiter sagte er: „Von nun an wird es nicht mehr so einfach sein, draußen Verrat zu begehen, und sich dann in der Türkei zu amüsieren.“

Der deutsch-türkische Abgeordnete und Erdogan-Berater Mustafa Yeneroglu schrieb auf Twitter, wer Terrororganisationen wie die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK unterstütze, müsse wie auch in anderen Ländern mit einer Strafverfolgung rechnen. „Nicht deutsche Urlauber, nicht Regierungsgegner, sondern solche, die aufgrund von Straftaten gesucht werden, sind betroffen.“ Die PKK wird in der Türkei und der EU als Terrororganisation eingestuft. [Internet-Link](#)

Türkei kritisiert USA für Verlust von Sonderstatus in Handelsfragen

Die USA wollen den Sonderstatus der Türkei im Bezug auf den Handel auflösen. Die türkische Handelsministerin warnte die USA vor den Folgen. Die türkische Handelsministerin hat mit Bedauern auf den Plan der USA reagiert, den Sonderstatus ihres Landes in Handelsfragen zu beenden. Das widerspreche „dem von beiden Ländern deklarierten Ziel eines Handelsvolumens von 75 Milliarden Dollar“, schrieb Ruhsar Pekcan auf Twitter. „Dieser Entschluss wird sich gleichzeitig auch negativ auf die kleinen und mittleren Unternehmen und die Produzenten der USA auswirken“, warnte sie. Die Türkei kämpft seit langem mit einer hohen Teuerungsrate. Die Inflation war zwar im Februar wieder unter 20 Prozent gesunken, sie bleibt aber auf einem hohen Niveau. Im Sommer hatte unter anderem ein Zerwürfnis mit den USA zu einer Währungskrise geführt. Im Oktober war die Teuerungsrate zum ersten Mal seit 15 Jahren auf mehr als 25 Prozent geklettert. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hatte in Washington mitgeteilt, US-Präsident Donald Trump wolle Indien und der Türkei den Status als Entwicklungsländer aberkennen. Damit werde er den mit dem bisherigen Sonderstatus verbundenen zollfreien Export von Waren in die USA auch nicht mehr genehmigen. Im Fall der Türkei teilte die USA als Begründung mit, das Land sei inzwischen ausreichend entwickelt, habe seine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung stetig gesteigert und brauche den 1975 verliehenen Sonderstatus nicht mehr. Der Entschluss kann frühestens nach Ablauf von 60 Tagen in Kraft treten. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

EBRD stellt sich hinter die Türkei

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) geht davon aus, dass die Türkei innerhalb eines Jahres wieder ein wichtiges Zielland für sie wird. "Das neue Programm der türkischen Regierung namens NEP enthält alle Reformen, die nötig sind, um die Türkei für Investoren wieder attraktiv zu machen", sagt der Präsident der Förderbank, Suma Chakrabarti, im Interview der Börsenzeitung. Nachdem die Türkei über mehrere Jahre das Land war, in dem die EBRD am meisten investierte, wurde sie im vergangenen Jahr von Ägypten entthront. In- und ausländische Investoren hatten angesichts der wirtschaftlichen Verlangsamung ihre Investitionen zurückgefahren. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan machte kurz vor den Kommunalwahlen den Westen für die jüngste Schwäche der türkischen Lira verantwortlich. [Internet-Link](#)

Lira geht um mehr als fünf Prozent runter

In der Türkei geraten Lira und Börse erneut unter Druck. Investoren berichten zudem von einem Trick, mit dem Banken versuchen würden, die Währung vor den wichtigen Kommunalwahlen stabil zu halten. Die Kursturbulenzen an den türkischen Börsen gehen weiter. Anleger zogen sich erneut fluchtartig aus der Währung des Landes zurück. Dadurch verlor die Währung zum Dollar zwischenzeitlich mehr als fünf Prozent ihres Wertes, erholte sich später allerdings wieder etwas. Türkische Anleihen gerieten ebenfalls unter Druck. Am Londoner Geldmarkt entspannte sich die Lage dagegen. Der Zins für Lira-Übernachtskredite fiel auf 50 Prozent, nachdem er auf bis zu 1200 Prozent gestiegen war. Marktteilnehmer hatten zuvor berichtet, türkische Banken würden ausländischen Investoren keine Lira mehr leihen - um weitere Wetten auf einen Verfall der Währung zu erschweren. Der Chef des türkischen Bankenverbandes wies die Manipulationsvorwürfe allerdings zurück.

Zuvor war der Leitindex BIST 100 den vierten Handelstag in Folge gefallen. Bei einem zeitweiligen Verlust von sieben Prozent büßte er so stark ein wie seit Juli 2016 nicht mehr. Zum Handelsschluss belief sich das Minus auf 5,7 Prozent. Die seit Jahresbeginn eingefahrenen Gewinne sind inzwischen wieder aufgezehrt. Seit dem jüngsten Jahreshoch am 19. März hat der BIST 100 in der Spitze knapp 14 Prozent eingebüßt. Bei den Kommunalwahlen am 31. März ist die konjunkturelle Lage des Landes eines der Hauptthemen. Beobachter befürchten, die Führung um Präsident Erdogan könnte versuchen, mit administrativen Mitteln in die Wirtschaft einzugreifen, um die Wirtschaftslage zu schönen. Die Wirtschaft der Türkei war zum Ende des Jahres 2018 in eine Rezession abgerutscht.

[Internet-Link](#)

Goldreserven der Türkei steigen wieder

Nach zwei Monaten in Folge mit rückläufigen Goldreserven meldet die türkische Zentralbank wieder mehr Gold in ihren Büchern. 8 Tonnen kamen im Februar hinzu. Die türkische Zentralbank hat Zahlen zu ihren Währungsreserven per 28. Februar 2019 bekanntgegeben. Demnach beliefen sich die Gesamtreserven auf 100,11 Milliarden US-Dollar. Gegenüber Vormonat ergibt sich ein Anstieg um 3,4 Prozent. Die Goldreserven werden mit 15,819 Millionen Unzen beziffert. Das entspricht 492 Tonnen Gold. Darin enthalten sind auch die Goldbestände von Geschäftsbanken, die Edelmetall als Sicherheiten für Zentralbankgeld hinterlegt haben. Im Vergleich zum Vormonat sind die türkischen Goldreserven um 269.000 Unzen (8,36 Tonnen) angestiegen. Zuvor hatte die Zentralbank zwei Monaten in Folge weniger Gold in der Bilanz ausgewiesen. [Internet-Link](#)

Erdogan droht den Akteuren am Devisenmarkt

Die türkische Lira verzeichnete den größten Kurssturz an einem einzigen Tag seit Beginn der Währungskrise im August. Präsident Recep Tayyip Erdogan droht Währungsspekulanten nun mit Konsequenzen. Diejenigen in der Finanzbranche, die Devisen kauften und auf einen Kursverfall der türkischen Lira setzten, würden einen "hohen Preis" zahlen müssen, sagte Erdogan in Istanbul. Das Finanzministerium arbeite bereits an entsprechenden Maßnahmen. "Einige Leute" hätten damit begonnen, die Türkei zu provozieren, sagte der Präsident auf einer Wahlkampfveranstaltung. Sie versuchten gemeinsam mit ihren Kompagnons in der Türkei auf einen Kursverfall der Lira gegenüber ausländischen Währungen hinzuwirken. Der Kurs der Lira hatte um mehr als vier Prozent gegenüber dem Dollar verloren. Das war der größte Kurssturz an einem einzigen Tag seit Beginn der Währungskrise im August. Die Entwicklung nährte die Besorgnis, dass immer mehr Türken ausländische Währungen kaufen. Nun erholt sich die Lira leicht. Sie steigt rund 1,5 Prozent im asiatischen Handel. Die Lira war 2018 unter Druck geraten, da Investoren nach Verbalattacken Erdogans an der Unabhängigkeit der Zentralbank zweifelten. Zudem verstärkten politische Spannungen zwischen der Türkei und den USA die Konjunktur-Sorgen. [Internet-Link](#)

Arbeitslosigkeit in der Türkei steigt rapide

Die wirtschaftliche Lage in der Türkei spitzt sich zu. Die Arbeitslosigkeit steigt deutlich an und liegt auf dem höchsten Niveau seit 2010. Innerhalb eines Jahres sind eine Million Menschen mehr ohne Job. Die Arbeitslosenquote in der Türkei ist innerhalb eines Jahres um 3,1 Prozentpunkte gestiegen. Den jüngsten Zahlen aus dem Statistikamt in Ankara zufolge lag sie Ende Dezember 2018 bei 13,5 Prozent – das ist der höchste Stand seit neun Jahren. Damit waren zuletzt nach offiziellen Angaben 4,3 Millionen Türken ohne Arbeit - rund eine Million mehr als noch im Dezember 2017, wie die Zeitung "Hürriyet" berichtete. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine Facette der wirtschaftlichen Lage im Land. Die Jahresteuern bleibt hoch - im Februar lag sie bei fast 20 Prozent. Im Oktober lag die Teuerung sogar auf einem 15-Jahres-Hoch von gut 25 Prozent. Die hohe Inflation dürfte auch der Grund sein, dass sich die privaten Haushalte zuletzt merklich zurückhielten – die Ausgaben gingen um rund neun Prozent zurück. Auch wegen des schwächelnden Binnenkonsums war die türkische Wirtschaft zum Jahresende 2018 in die Rezession gerutscht. Wie das Statistikamt in Ankara mitteilte, ging die Wirtschaftsleistung (BIP) im Schlussquartal um 2,4 Prozent zum Vorquartal zurück. Vor allem die lange boomende Baubranche ließ zuletzt Federn: Sie schrumpfte um 8,7 Prozent, während es in der Industrie um mehr als sechs Prozent nach unten ging. Im vorigen Jahr litt die Türkei zudem unter dem Absturz der heimischen Währung um 30 Prozent. [Internet-Link](#)

Türkei rutscht erstmals seit 2009 in Rezession

Die türkische Wirtschaft ist 2018 deutlich langsamer gewachsen und fiel zum Jahresende sogar in eine Rezession. Der zuständige Minister gibt Spekulanten die Schuld. Das Bruttoinlandsprodukt in der Türkei ist im vierten Quartal 2018 im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozent zurückgegangen. Das teilte die türkische Statistikbehörde TÜİK mit. Da dies das zweite Quartal infolge war, in dem die Wirtschaft schrumpfte, ist die Türkei offiziell in eine Rezession gerutscht. Der Statistikbehörde zufolge lag das Wachstum im vergangenen Jahr zwar insgesamt noch bei 2,6 Prozent - dies war aber das schwächste Plus seit neun Jahren. 2017 hatte die Konjunktur in dem Schwellenland noch mehr als sieben Prozent zugelegt. Im Sommer 2018 war die türkische Lira inmitten einer diplomatischen Krise mit den USA stark eingebrochen. In der Folge stieg die Inflation auf bis zu 25 Prozent im Oktober an, während die Wirtschaft im dritten Quartal um 1,6 Prozent schrumpfte. Die Türkei war zuletzt während der weltweiten Finanzkrise 2009 in die Rezession gerutscht. Wirtschaftsminister Berat Albayrak machte "spekulative Angriffe" für die Schwäche der Wirtschaft verantwortlich. Er sagte aber auch: "Das Schlimmste liegt hinter uns." [Internet-Link](#)

Inflation in der Türkei fällt unter 20 Prozent

Preissteigerungen von mehr als 25 Prozent: In den vergangenen Monaten mussten türkische Verbraucher ordentlich draufzahlen. Die Regierung reagierte mit einer ungewöhnlichen Maßnahme - offenbar mit Erfolg. Seit Wochen agiert der türkische Staat als Gemüsehändler und verkauft verbilligte Lebensmittel. Die Regierung zeigt sich zufrieden - denn die Inflation ist im Februar erstmals seit einem halben Jahr wieder unter die 20-Prozent-Marke gefallen. Sie lag bei 19,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, teilte die türkische Statistikbehörde TÜİK mit.

Immer noch am stärksten stiegen die Lebensmittelpreise: Sie waren rund 29,2 Prozent teurer als im Februar 2018. Im Monatsvergleich aber fiel der Anstieg deutlich geringer aus: Im Januar lag er noch bei 6,4 Prozent, im Februar nur noch bei 0,9 Prozent. Finanzminister Berat Albayrak führte dies auf die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zurück. Seit Mitte Februar verkauft die Regierung in Istanbul und Ankara an eigenen Ständen stark verbilligtes Gemüse. Händler müssen mit Bußgeldern rechnen, wenn sie ihre Produkte zu teuer verkaufen. Die Preissteigerung in der Türkei hatte im Oktober mit mehr als 25 Prozent ihren höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Im November und Dezember fiel die Teuerungsrate wieder leicht, im Januar legte sie wieder etwas zu.

Erdogan will Inflation auf unter sieben Prozent drücken

Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte den Preisanstieg bei Zwiebeln, Tomaten und Kartoffeln als "Terrorangriff" bezeichnet und Zwischenhändler dafür verantwortlich gemacht. Experten halten die Krise für mehrheitlich hausgemacht. Der Streit über Gemüsepreise ist ein wichtiger Punkt im Wahlkampf. Die Türkei leidet unter einer hohen Teuerungsrate, und die schlechte wirtschaftliche Lage könnte Erdogans regierende AK-Partei bei der Kommunalwahl Ende März Stimmen kosten. Erdogan hatte auf einer Wahlkampfveranstaltung gesagt, er wolle die Inflation auf sechs bis sieben Prozent drücken. Wie genau er das erreichen will, ließ er jedoch offen. Die Zentralbank erwartet bis Ende des Jahres einen Rückgang der Inflation auf 14,6 Prozent. Sie versicherte, eine strikte Geldpolitik zu verfolgen, bis die Inflation deutlich gesunken sei. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN

Apple TV+: Start in der Türkei unklar



Die Einführung von Apple TV+ könnte in der Türkei schwierig werden. Denn dort ist TV+ als Markenname bereits vergeben. Tim Cook stellte den neuen Apple Video-Streaming-Dienst vor. Im Herbst soll Apple TV+ in über 100 Ländern starten, darunter auch in der Türkei. Allerdings kann der türkische Start schwierig werden. Grund hierfür ist Apples Namenswahl: Der Mobilfunkanbieter Turkcell darf bereits seit 2014 den Namen „TV+“ verwenden. Barış Zavaroğlu, Verantwortlicher für digitale Medien bei Turkcell, stellte in einer Pressekonferenz klar, dass die Namensrechte für TV+ in der Türkei bei ihnen liegen. Spätestens zum Start in der Türkei werde Apple dies auch bemerken. Außerdem sei das Logo identisch, lediglich bei der Schreibweise gäbe es laut Zavaroğlu Unterschiede. [Internet-Link](#)

Fluggesellschaft Sun Express setzt auf Türkei-Urlauber



Die Ferienfluggesellschaft Sun Express steht nach den Insolvenzen von Konkurrenten wie Germania vor einem Wachstumssprung in diesem Jahr. "Wir stocken unsere Flotte von 73 auf 83 Flugzeuge auf", sagte Sun-Express-Chef Jens Bischof der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Darin seien auch Kapazitäten enthalten, mit denen man Kapazitätslücken von Germania fülle. "Eine starke Nachfrage nach Flugreisen ist nach wie vor vorhanden, der Kerosinpreis ist trotz des jüngsten Anstiegs noch verkraftbar. 2018 war für uns ein Wachstumsjahr. Wenn die aktuellen Rahmenbedingungen so bleiben, erwarten wir auch 2019 ein erfolgreiches Jahr", sagte Bischof.

Dafür seien Anpassungen im Streckennetz nötig gewesen. "Die Balearen mit Mallorca hatten wir bereits bis auf einige Vollcharterflüge für Reiseveranstalter aus dem Plan genommen. Das machen wir nun für die Kanarischen Inseln genauso. Wir konzentrieren uns auf Strecken, auf denen wir Geld verdienen können", sagte Bischof. Auf Spanien-Strecken waren Billigflieger in das Urlaubsgeschäft eingestiegen. Sun Express, ein Gemeinschaftsunternehmen von Lufthansa und Turkish Airlines, erweitert den traditionellen Schwerpunkt auf Türkei-Strecken. "Wir rechnen 2019 mit einem Allzeithoch bei den Zahlen der Türkei-Besucher. Das wird sich auch auf unsere Passagierzahlen auswirken. In Richtung Türkei - und auch nach Ägypten - planen wir mit deutlich zweistelligen Wachstumsraten", sagte Bischof. [Internet-Link](#)

Neuer Hapag-Lloyd TNE Service verbindet die Türkei mit der US-amerikanischen Ostküste

Hapag-Lloyd führt einen neuen Service ein, der die Türkei direkt mit der US-amerikanischen Ostküste verbindet. Der Turkey North America East Coast Service (TNE Service) wird alle neun Tage zwischen dem türkischen Seehafen Marmara (Izmit, Istanbul und Gemlik) und den US-Hafen New York, Norfolk und Savannah verkehren. Zusätzlich bietet der Service eine exzellente Verbindung jeweils zwischen der Türkei und der US-amerikanischen Ostküste und dem ägyptischen Hafen Alexandria. Als Umschlagsort der Güter dient der Hafen Algeciras in Südspanien (Transshipment). Insgesamt fünf Schiffe werden in dem neuen Service eingesetzt, eines davon von Hapag-Lloyd. Die ersten Abfahrten sind wie folgt: Westbound: MV Satie verlässt Alexandria am 11. April 2019 Eastbound: MV Satie startet am 6. Mai 2019 von New York aus Die Hafenerotation für den Service im Überblick: Izmit – Istanbul – Gemlik – Aliaga (Izmir) – Algeciras – New York – Norfolk – Savannah – Algeciras – Alexandria – Mersin – Izmit [Internet-Link](#)

IBC reagiert auf »bürokratische Hürden« in der Türkei

Das Photovoltaik-Systemhaus IBC Solar AG aus Bad Staffelstein will sich in der Türkei nur noch als Lieferant für Aufdach-Photovoltaikanlagen engagieren. Dies soll in Kooperation mit der neu gegründeten Firma IBT Solar erfolgen, die von Bülent Yildiz und Hakan Daltaban geleitet wird – den bisherigen Geschäftsführern der türkischen Tochtergesellschaft IBC Solar Yatirimlari ve Tic. Ltd. Sti. (IBC Solar Energy Turkey). IBT Solar soll »die Marktbearbeitung für das Aufdach-Projektgeschäft« übernehmen. Das Handelsgeschäft werde zukünftig von Deutschland aus betreut. Die Türkei bleibe für IBC »nach wie vor ein wichtiger Markt mit viel Potential«, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Doch die »bürokratischen Hürden« seien insbesondere für große Photovoltaikanlagen »mittlerweile sehr hoch«. Die bisherige Möglichkeit, große Projekte formal in kleine Tranchen von jeweils einem Megawatt zu unterteilen und hierfür »einen unkomplizierten Netzanschluss unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten« bestehe seit Jahresbeginn nicht mehr. [Internet-Link](#)

Schmitz Cargobull: Neues Container-Chassis wird in der Türkei gefertigt

The Trailer Company.

Schmitz Cargobull nimmt das Containerchassis wieder in sein Fahrzeugportfolio auf. Produziert wird die Neuentwicklung vom türkischen Partner Koluman. Trotz außenpolitischer Abgrenzung und US-Strafzöllen nimmt der Welthandel stetig zu – zumindest, wenn es nach dem Containerumschlag-Index des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) geht. Dieser lag laut RWI/ISL im Dezember 2018 saisonal bereinigt bei 135,5 Punkten. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum lag dieser Wert während der Weltfinanzkrise 2007/2008 laut Institutsangaben bei 97,2 respektive 89,5 Punkten. Während der Eurokrise 2009 pendelte sich der CUI bei 94,3 Punkten ein. Wenn auch nach den Angaben von RWI/ISL nicht alle gehandelten Güter in Containern transportiert werden, gilt der CUI als Indikator für einen derzeit florierenden Welthandel.

Ein Geschäft, an dem Schmitz Cargobull (SCB) mit der Einführung der Containerchassis-Reihe S.CF künftig wieder partizipieren will. Nach den genannten Krisenjahren hatte SCB die Produktion von Containerfahrgestellten eingestellt. Das Geschäft war in dieser Zeit nach Angaben von SCB-Vertriebsvorstand Boris Billich stark rückläufig. "Doch mittlerweile hat sich die Nachfrage erholt", versicherte Billich bei der Vorstellung der neuen Baureihe in Hamburg. [Internet-Link](#)

Cargo-partner eröffnet weitere Niederlassung in der Türkei



Mit der Eröffnung seines mittlerweile dritten Standorts in der Türkei ist der internationale Transport- und Info-Logistik-Anbieter cargo-partner weiter auf Expansionskurs. Nach dem im Sommer 2018 erfolgreich absolvierten Markteintritt in der Türkei wird in Bursa am 1. März 2019 bereits der nächste Standort eröffnet. Der internationale Info-Logistik-Komplettanbieter eröffnet knapp ein halbes Jahr nach der Etablierung der ersten beiden Standorte in Istanbul und Mersin ein weiteres Büro in Bursa, einer bedeutenden Industriemetropole und der viertgrößten Stadt des Landes. Mit der Erweiterung seines Netzwerks um die Türkei ist cargo-partner mittlerweile in 30 Ländern mit insgesamt über 130 Standorten vertreten. Bereits ab September 2018 wurde der operative Betrieb in dem wirtschaftlich aufstrebenden Land am Bosphorus aufgenommen. An den Standorten Istanbul und Mersin wird den Kunden das volle Leistungsportfolio an Luft-, See-, und Landtransporten angeboten. Mit der aktuellen Erweiterung des Büronetzwerks wird dieses Angebot nun zusätzlich abgerundet. [Internet-Link](#)

Türkei sperrt Luftraum für Passagierflüge mit Boeing 737 Max



Auch die Türkei vertraut der Boeing 737 nicht mehr. Zwölf Flugzeuge bleiben somit am Boden, außer sie werden für Transportflüge genutzt. Nach dem Absturz einer Boeing 737 Max 8 in Äthiopien hat die Türkei ihren Luftraum für Passagiermaschinen dieses Typs gesperrt. Das Verbot betreffe die Modelle 737 Max 8 und Boeing 737 Max 9, teilte das Verkehrsministerium in Ankara nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu mit. Ausgenommen seien Maschinen ohne Passagiere an Bord, also Transportflüge. Die halbstaatliche Fluggesellschaft Turkish Airlines hatte erklärt, sie stoppe bis auf Weiteres die Nutzung der Boeing 737 Max. Die Airline hat nach eigenen Angaben zwölf Flugzeuge des Typs in ihrer Flotte. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Mehmet Ersoy: „Deutsche lieben die Türkei“

Tourismusminister erwartet sechs Millionen Touristen

Handelsblatt

von Ozan Demircan

Handelsblatt, 05.03.2019

Für Mehmet Ersoy spielen politische Spannungen keine Rolle. Der Minister rechnet mit Millionen deutschen Gästen – der Lira-Verfall könnte helfen.

Von einer Flaute oder gar Türkeimüdigkeit will der türkische Tourismusminister nichts wissen, erst recht nicht aus der Bundesrepublik. „Die Deutschen lieben die Türkei“, sagt Mehmet Ersoy im Gespräch mit dem Handelsblatt.

Der Mann hat Nerven. Ersoy muss nämlich ein Reiseland vermarkten, das zumindest bei Europäern zuletzt an Ansehen verloren hat. Auch viele Deutsche meiden derzeit die Türkei. Nicht weil es dort im Sommer zu heiß wird oder die Preise so hoch sind. Sondern weil sie Bedenken gegenüber der Politik im Land haben. Gleichzeitig bringen die ausländischen Besucher wichtige Devisen ins Land – Ersoy verwaltet damit eines der wichtigsten Ressorts im Regierungsapparat von Präsident Erdoğan.

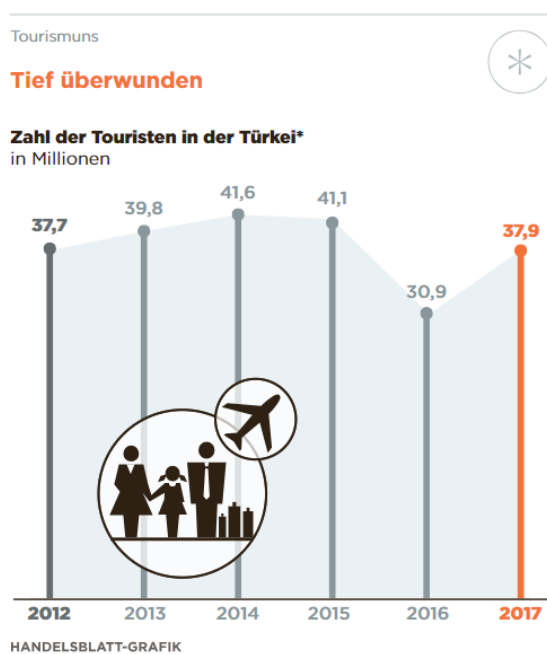
Doch er bleibt bei seiner Meinung. Unterstützung bekommt er von den aktuellen Besucherzahlen. Im Jahr 2018 kamen der offiziellen Statistik des türkischen Statistikamtes (Tük) zufolge 46 Millionen Touristen in die Türkei, ein Plus von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Alleine aus Deutschland waren es 4,5 Millionen Besucher, eine Million mehr als 2017. Damals brachen die Buchungszahlen ein – nach einem Putschversuch, mehreren Terroranschlägen und der Verhaftung deutscher Staatsbürger, für die die Bundesregierung offiziell „politische Gründe“ angab. Inzwischen hat Berlin von dieser Bezeichnung Abstand genommen.

Der politischen Krise zum Trotz ist die Türkei bei deutschen Touristen wieder gefragt. „Die Buchungsumsätze liegen bereits jetzt bemerkenswerte 58 Prozent über dem Vorjahr“, heißt es in einer Erklärung des Deutschen Reiseverbands von Ende Februar. Die Reise-Lobbyisten fügen hinzu, dass 2017 „bereits markant gestiegene Buchungen für das Land am Bosphorus gezeigt hatte“.

Fluggesellschaften wie die auf Türkeireisen spezialisierte Sunexpress haben große Anstrengungen unternommen, die gestiegene Nachfrage bedienen zu können. Auch der Hamburger Türkeispezialist Öger Tours sprach von einem „deutlich zweistelligen Plus für TürkeiBuchungen im Vergleich zum Vorjahr“.

Die Zeichen stehen auf Entspannung, das merkt auch Ersoy. In manchen Gegenden wie der Ferienhochburg Antalya seien die Frühbucherzahlen sogar doppelt so hoch wie vor zwölf Monaten. „Am Ende des Jahres erwarte ich ein Plus von 20 bis 30 Prozent aus Deutschland“, ist sich Ersoy sicher. Das wären fast 5,5 Millionen Besucher aus der Bundesrepublik und damit so viele wie vor der politischen Krise zwischen beiden Ländern.



Buchungszahlen ziehen kräftig an

Eines muss man dem 51-Jährigen lassen: Mit Zahlen kann er umgehen. Ersoy ist nicht nur Betriebswirt. Er baute nach dem Studium 25 Jahre lang gemeinsam mit seinem Zwillingbruder Murat Ersoy einen der größten türkischen Reiseanbieter, ETS, auf. Das Kürzel steht für „Ersoy Turistik Servisleri“. Auch die private türkische Airline Atlasjet gehörte zu dem Konglomerat.

Im Jahr 2012 gingen die Brüder getrennte Wege. Der Bruder erhielt die Anteile an Atlasjet, der spätere Minister die Anteile an ETS. Ersoy hat den Posten des Vorstandschefs inzwischen abgegeben. Zu Eigentumsverhältnissen schweigt er.

Die wirtschaftliche Situation des Landes macht ihm keine Sorgen. Die türkische Lira hat im vergangenen Jahr zu Euro und US-Dollar rund ein Drittel an Wert verloren. Das hat viele Branchen im Land in die Krise gestürzt, vor allem, weil die Preise für Importgüter gestiegen sind.

Für viele Europäer sind Reisen in die Türkei dank der schwachen Lira allerdings deutlich günstiger geworden. „Davon werden wir dieses Jahr noch einmal profitieren, aber danach nicht mehr“, warnt Ersoy. Darauf ausruhen will er sich daher nicht: „Wir müssen darauf achten, weiterhin ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten.“

Mehmet Ersoy sieht sich nicht als Politiker im traditionellen Sinne, sondern als Manager. Diplomatie zähle für ihn weniger als der Geschäftsgedanke, erklärt Ersoy im Interview. „Der Präsident erwartet keine Politik von mir, sondern praktische Lösungen und gute Ergebnisse.“

Er verlangt daher, dass die Hoteliers des Landes die derzeitige Branchenkonjunktur dafür nutzen, neue Konzepte zu erarbeiten. „Am Ende können auch All-Inclusive-Hotels bestehen, aber ich fordere von jedem in der Branche, ständig die Qualität zu erhöhen.“ Dazu zähle auch, Touristen aus anderen Regionen der Welt anzulocken.

Kein böses Wort über Deutschland

Ersoy glaubt zwar, dass die Reisewelle aus Asien nicht die europäischen Touristen ersetzen kann. Aber sein Ministerium habe das Marketing dort auch erhöht. Alleine 2018 war das türkische Tourismusministerium auf 60 chinesischen Reisemessen vertreten.

Auf Kritik an der türkischen Politik reagiert er mit einem verzogenen Gesicht. Dass das Land in den vergangenen Jahren viel durchgemacht habe, räumt er ein. „Aber ich kann jedem nur sagen, dass er oder sie hierherkommen und sehen soll, dass es hier nicht gefährlich ist.“ Wer bei Ersoy markige Worte gegen Deutschland und die einst rauen bilateralen Beziehungen erwartet, wird nicht fündig.

Er verkörpert einen anderen Politikstil, als man das aus der Türkei gewohnt ist. Ersoy ist über 1,90 Meter groß, will aber nicht auffallen. Im Gespräch wählt er seine Worte mit Bedacht, spricht leise – übrigens in perfektem Deutsch: Ersoy hat acht Jahre lang die Deutsche Schule in Istanbul besucht.

[Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungszahl beträgt 79,8 Mil.:
- ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - Stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2017: 760 Milliarden € BIP Wachstumsrate: 7,3 % ↗
▶ Rang 17 der weltweit größten Ökonomien ▶ 2015 G20-Präsidentschaft
 - Wichtige Handelspartner: | EU: 40,4% (die Türkei ist der fünfgrößte Handelspartner der EU) | Russland: 5,6% | USA: 5,2% |
 - Türkische Exporte in die EU (2017) : € 65,5 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU (2017) : € 75,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU (2017) : € 9,9 Mrd.
 - Industrieproduktion: 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
Industriegüter : 95 % der Exporte (Automobilindustrie, Elektronik, Textilien und Bekleidung, Haushaltgeräte, Stahl, Nahrungsmittel, Glas...)

Die Türkei ist in der Welt :

- 1. größter Hersteller von Bormineral
- 2. größter Schmuckexporteur
- 3. größter Exporteur von Zement
- 6. größter Exporteur von Bekleidung
- 15. größter Hersteller von Kraftfahrzeug

Die Türkei ist in Europa :

- 1. größter Hersteller von Autocar/Bus
- 1. größter Hersteller von TV Apparaten
- 2. größter Produzent von Eisen & Stahl
- 2. größter Hersteller von Baumaterialien
- 3. größter Hersteller von Keramikkacheln

- 4. größter Telekom-Markt
- 6. größter Kühlschrankhersteller
- 6. größter Hersteller von Industriemaschinen
- 6. größter Auto- und Ersatzteile-Hersteller
- 8. größter Schiffsbauer
- 3. größter Yachthersteller

Und auch: an Artenvielfalt reichstes Land und der schnellst wachsende und größter Entwicklungsmarkt

- **Ausländische Direktinvestitionen:** € 9,4 Mrd in 2012 | € 9,6 Mrd in 2013 | € 9,5 Mrd in 2014 | € 10,6 Mrd in 2015 | € 10,8 Mrd in 2016 |
Ungefähr 52.754 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 5,8 Milliarden im Jahr 2016). Privatisierungen im Wert von € 14,4 Milliarden in den letzten fünf Jahren. Die Körperschaftssteuer beträgt 22 %.
- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft:** 28 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 - ± 70 Millionen GSM-Abonnenten (441 Minuten/Monat)
 - ± 61% des Internetverkehrs ist vom Mobilfunknetz
 - ± 48 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 62 Millionen in 2020
 - ± € 84 Online-Einzelverkauf pro Warenkorb (€ 77 in den USA und € 63 in der EU)
 - ± 40 TV-Fernsehsender auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 - Ausbau der e-Regierung (42% der 16 - 74 Jährigen)
- **Tourismus :** Weltweit beliebtes Reiseziel, 32,4 Millionen Touristen im Jahr 2017.

▶ REFORMEN

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
Zivilgesetzbuch, verbesserte Gleichstellung der Geschlechter, neues Strafgesetzbuch
Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
Wettbewerbspolitik, geistige und industrielle Eigentumsrechte, Kontroll- und Quotenverwaltung
Standards und Zertifizierung, Akkreditierung, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, internationale Standards der Finanzberichterstattung, Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** »
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien hinreichend erfüllt.
- 2005 : Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18. Februar
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis
- 2013 : Im Dialog über die Visaliberalisierung
- 2016 : Die EU-Türkei-Erklärung zur Migrationspolitik

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org